



Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Frau Gudrun Kopp
Postfach 120322
53045 Bonn

Hannover, 15. Juni 2011

Empfehlungen zur Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Mädchenförderung

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, liebe Frau Kopp,

jedes Jahr sterben immer noch mehr als 350.000 Frauen an den Folgen von Schwangerschaft oder Geburt – 99 Prozent von ihnen in Entwicklungsländern. Insbesondere Mädchen und junge Frauen sind einer besonderen Bedrohung ausgesetzt. Damit sie ihre grundlegenden Rechte wahrnehmen sowie Diskriminierung und Benachteiligung hinter sich lassen können, ist die Integration verschiedener entwicklungspolitischer Programme und Ansätze notwendig. So ist es zum Beispiel wesentlich, dass Bildungs- und Gesundheitsprogramme miteinander verknüpft werden. Die Stärkung von Mädchen sowie ein Mainstreaming des Menschenrechtsansatzes und des Genderansatzes in den Programmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind essentiell, um das Millenniumsentwicklungsziel 5 sowie auch die anderen MDGs – insbesondere MDG 2 und 3 – zu erreichen.

Diese und weitere Themen wurden am 12. Mai 2011 im Rahmen des Parlamentarischen Abends „Mutternacht“ in Berlin diskutiert. Unter dem Veranstaltungstitel „Als Mädchen schwanger – Vulnerable Girls in Entwicklungsländern“ zeigten zivilgesellschaftliche Expertinnen und Experten aus Kenia und Nepal Herausforderungen auf und entwickelten gemeinsam mit den parlamentarischen Gästen und dem Publikum Lösungsvorschläge für eine erfolgreiche deutsche Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich.

Im Namen des Bündnisses „Mutternacht“ möchten wir Ihnen im Nachgang dieser Veranstaltung ein Papier mit Empfehlungen übersenden, wie die spezielle Förderung von Mädchen in den Gesundheits- und Bildungsprogrammen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stärker integriert werden kann.

Wir würden uns freuen, mit Ihnen hierzu im Dialog zu bleiben und das Thema Mädchenförderung gemeinsam voranzutreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Renate Bähr
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
(für die Kooperationspartner der Mutternacht)



Empfehlungen

Mädchen und junge Frauen stärken und schützen

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Bildung zu Schwerpunkten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erklärt. Auch der Menschenrechtsansatz, Gender und der universelle Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen sind erklärtermaßen wichtige Anliegen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Wir begrüßen, dass diese wichtigen Themen einen hohen Stellenwert in der Arbeit des BMZ einnehmen sollen.

Jedoch sind weitere Anstrengungen nötig, um Fortschritte im Bereich der Förderung von Mädchen und jungen Frauen zu erreichen, und somit zur Verbesserung der Müttergesundheit beizutragen.

Unsere Empfehlungen sind wie folgt:

- **Die neue BMZ-Bildungsstrategie** braucht eine klare Gender-Perspektive und sollte konkret auf die Lebensumstände und den Lebenszyklus von Mädchen und Frauen eingehen. Die gezielte Förderung von Mädchen sollte vor allem im Abschnitt zu Grundbildung und im Übergang zur Sekundarbildung stärker berücksichtigt werden. Auch sollte die Strategie die Förderung junger Frauen in höheren Bildungsstufen thematisieren und die inhaltliche Verknüpfung mit Gesundheitsfürsorge klarer herausarbeiten.
- **Die Initiative zu selbstbestimmter Familienplanung und Müttergesundheit** sollte die besondere Situation von Mädchen stärker berücksichtigen und beispielsweise spezielle Aufklärungsprogramme und Programme gegen sexuelle Gewalt an Mädchen beinhalten. Die Initiative sollte darüber hinaus Gesundheits- und Bildungsprogramme eng miteinander verknüpfen.
- **Die Einrichtung eines UN-Tages für Mädchen** sollte weiterverfolgt werden. Wir begrüßen die Zusage von Entwicklungsminister Niebel, die Einführung des 22. September als UN-Tag für Mädchen zu unterstützen. Ziel soll es sein, auf die extreme Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen und ihre Vulnerabilität in vielen Ländern aufmerksam zu machen. Tabuisierte Themen, wie sexuelle und reproduktive Gesundheit oder schädliche Praktiken wie Kinderheirat, frühe Schwangerschaften oder Kinderhandel könnten dadurch öffentlich gemacht und kritisch diskutiert werden.
- **Die Transparenz in der Verwendung der Mittel** muss erhöht werden. Die Bundesregierung sollte in der Lage sein, konkrete Informationen zu geben, in welchen Programmen und Projekten Mädchen in welchem finanziellen Umfang gefördert werden.
- **Gender-Mainstreaming** in allen Programmen und Projekten ist maßgeblich und sollte dazu beitragen, eine stärkere Sensibilisierung für die Benachteiligung von Mädchen und Frauen zu entwickeln und gleichzeitig Jungen und Männer in zukünftige Entwicklungsprozesse einzubinden.

- **Die Einbindung von Mädchen und jungen Frauen** sowie von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für die Förderung von Mädchen einsetzen, in die Planung und Umsetzung von Entwicklungsprogrammen, muss gefördert werden. Nur so können sie befähigt werden, sich eine Meinung zu bilden und diese zu vertreten, gehört zu werden und Ownership für Projekte, die sie betreffen, zu entwickeln.
- **Programme der sexuellen und reproduktiven Gesundheit** müssen mit Bildungsvorhaben verbunden werden. Altersgerechte Sexualaufklärung sollte Bestandteil der Lehrpläne sein und so früh wie angemessen umgesetzt werden. Spezielle Projekte für Schulabbrecherinnen sollten Bildungsaspekte – beispielsweise außerschulischen Unterricht – mit Aufklärung zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit verknüpfen. Darüber hinaus sollten Bildungsprogramme mit Projekten der Wasser- und sanitären Grundversorgung (WATSAN) gekoppelt werden, wie beispielsweise durch die Bereitstellung von nach Geschlechtern getrennten Schullatrinen.
- **Einkommen schaffende und berufsbildende Maßnahmen** für Familien und Mädchen im Speziellen sind entscheidend und müssen gefördert werden, um diese zu stärken und Abhängigkeiten zu verhindern. Dabei sollten die Aspekte Kinderbetreuung sowie Zugang zu Mikrokrediten, Spargruppen und Fortbildung im Umgang mit Finanzen Bestandteile der Programme sein.
- **Die Medien müssen stärker eingebunden werden**, da sie eine wichtige Rolle spielen, um Eltern und Kinder sowie politische Entscheidungsträger auch außerhalb des Schulkontextes zu erreichen. Sie sind elementar, um über gesellschaftlich tabuisierte Themen wie Sexualaufklärung zu berichten. Dies gilt für Medien in den Entwicklungsländern und auch in Deutschland. In Entwicklungsländern ist darauf zu achten, dass die Nutzung der Medien deren nationale Kontexte und technischen sowie sozialen Gegebenheiten berücksichtigt.